

ebenfalls vom westdeutschen Alleinvertragsrecht ausgeht.

Außenminister Scheel möchte dennoch die alten Texte nicht ändern: „Der Deutschland-Vertrag gilt weiter, wie er abgesprochen ist — im Licht der inzwischen vollzogenen politischen Entwicklungen in der Welt.“

Und ein Scheel-Vertrauter erteilt jenen Partnern, die von der DDR-Anerkennungsklausel seines Chefs abweichen, von vornherein Absolution: „Die Bedeutung dieser Empfehlung liegt darin, daß sie gemacht worden ist, und nicht darin, daß die anderen sie befolgen.“

BANKEN

Lache jeden aus

Heißes Auslandsgeld aus der Schweiz, das den deutschen Währungshütern unerwünscht ist, wurde mit Hilfe von deutschen Strohmännern beim Kölner Bankhaus Herstatt deponiert.

Arme Studenten wurden plötzlich reich. Über Nacht hatten die Kommilitonen jeder eine halbe Million Mark auf ihrem Konto — ohne Arbeit und Erbschaft.

In der Zweigstelle Braunsfeld, Aachener Straße, des Kölner Bankhauses I. D. Herstatt war am 24. Oktober alles vorbereitet. Zwanzig Studenten unterschrieben bereitliegende Anträge, mit denen sie ein Konto in dem vornehmen Privatbankhaus eröffneten, das zu 80 Prozent dem Versicherungsfürsten und Generalkonsul Hans Gerling, zu sechs Prozent dem gegenwärtigen Sproß der Gründerfamilie Iwan Herstatt gehört.

Vier Wochen später gingen auf den Studenten-Konten je 498 000 Mark Auslandsgeld ein — überwiesen von dem Zürcher Bankhaus Singer & Friedlander AG. Trocken teilten die Zürcher Geldgeber durch „Belastungsanzeige“ den studierenden Kölner Konten-Inhabern mit, daß sie am 19. November 1973 eine halbe Million Mark plus fünfzehn Prozent Zinsen zurückerwarteten — ein halbes Prozent mehr, als die Schweizer für ihr Geld außerhalb der Bundesrepublik erzielen.

Von den Pump-Millionen freilich haben die Studenten nicht viel. Mit dem Schweizer Geld wirtschaftet ein Jahr lang die Kölner Herstatt-Bank. Direktor Kurt Wickel findet das Geschäft, das seiner Bank Auslandsgelder verschaffte, „ganz normal“.

Das wäre es auch, wenn die eingezahlten Gelder den Studenten gehörten. Dies ist freilich nicht der Fall, denn die Studiker fungieren lediglich als Strohmänner, um die gesetzlichen Vorschriften der Bundesrepublik zur Abwehr heißer Auslandsgelder zu umgehen.

Denn: Würde die Herstatt-Bank offen in der Schweiz einen Kredit auf-

nehmen, könnte sie mit dem Geld nicht arbeiten, weil nach den geltenden Bestimmungen bis zu 95 Prozent des aufgenommenen Kredits bei der Landeszentralbank eingefroren werden müßten (Mindestreserven).

Auch wenn ein deutscher Bankkunde bei seinem Institut offen deklarierte Auslandsgelder einzahlen würde, ließe sich mit dem Betrag nicht viel anfangen. Denn von der Geldsumme würden, soweit sie je Einzelperson oder Unternehmen 500 000 Mark übersteigt, 50 Prozent unverzinslich kaltgestellt (Bardepot). Für keinen Kunden wäre es angesichts des Zinsverlusts lohnend, Auslandsgeld in der Heimat anzulegen. Interessant wird das Geschäft für eine deutsche Bank erst dann, wenn sie Auslandsgeld über Mittelsmänner in Inlandsgeld umwandelt. Denn dann sind nur etwa zehn Prozent Mindestreserve fällig, das Bardepot entfällt sogar ganz.



Privatbank Herstatt
Guter Glaube ist teuer

Obwohl die Herstatt-Manager am 7. November, zwei Wochen bevor das Schweizer Geld am Rhein einlief, schriftlich zur Kenntnis nahmen, daß die Millionen in Wahrheit Schweizer Banken gehören, beteuert Banker Wickel: „Für uns ist das Inlandsgeld gewesen.“

Wickels guter Glaube ist seinem Bankhaus teuer. Denn wäre den Kölner Bankiers nachzuweisen, daß sie direkt mit Schweizer Geldhändlern über den Transfer verhandelt haben, dann könnte die zuständige Landeszentralbank in Düsseldorf das neu hereingeholte Geld im äußersten Falle fast vollständig als gesetzlich vorgeschriebene Mindestreserve einkassieren. Hätte hingegen ein deutscher Bankkunde die zehn Millionen aus der Schweiz geholt und hier auf sein Konto eingezahlt, müßten davon 4,75 Millionen Mark (die Hälfte des 500 000 Mark übersteigenden Betrages) als unverzinsliches Bardepot gehalten werden.

In der Tat hat es den Anschein, als käme die ganze Summe aus einer Tasche. Herstatt-Wickel: „Hier waren mal ein oder zwei Herren, die haben Festgeld angeboten.“ Die Herren, an deren Namen sich Wickel nicht mehr erinnert, vereinbarten einen Zinssatz mit den Kölner Bankern und versprachen: „Dann schaffen wir ihnen zehn Millionen an, und Sie hören von uns.“

Zunächst hörten Gäste der Kölner Mensa, wie man leicht zu Geld kommen könne. Der Ökonomie-Student Hubertus Kuthe lud zehn Kommilitonen am 23. Oktober abends zu einer Lagebesprechung in sein Appartement in die Kölner Weyerstraße. Den andächtig lauschenden Studienkollegen erklärte Kuthe seine Finanzphilosophie: „Ich lache jeden Räuber aus, der für 30 000 Mark eine Bank überfällt.“

Zur gleichen Zeit unterrichtete sein Freund Ludwig Holl in seiner Wohnung an der Kölner Humboldtstraße zehn weitere Interessenten über die Regeln des großen Geldverdienens. Einen Tag danach meldeten sich die 20 Finanzlehrlinge in der Herstatt-Filiale an der Aachener Straße und eröffneten ihre Konten. Ihr Honorar: 400 Mark. Der Zwischenhändler Holl ließ sich pro Geschäft rund 2000 Mark zusichern.

Die Transaktion ist freilich für alle deutschen Beteiligten riskant. Die Vermittler könnten nachträglich von der Bundesbank angezapft werden. Das Geschäft könnte, so Josef Thoma, Vizepräsident der Düsseldorfer Landeszentralbank, als „mittelbare Kreditaufnahme“ angesehen werden. Thoma: „Man muß überlegen, ob nicht die Zwischenhändler schon bardepotpflichtig sind.“ Falls die Prüfung positiv ausfällt, würde Thoma 4,75 Millionen Mark bei den Vermittlern eintreiben müssen.

Die Herstatt-Banken haben wohl zumindest gegen ein Gentlemen's Agreement verstoßen, das die Branche mit den Währungshütern in Frankfurt schriftlich vereinbart hat. Darin haben sich die Geldhändler verpflichtet, bei Kapitaleinfuhren nicht mitzuwirken und keine Garantien für Auslandskredite zu übernehmen.

Die 20 Konten-Halter wissen bereits seit Mittwoch vergangener Woche, daß jeder von ihnen Anfang nächsten Jahres mit einer Zahlungsaufforderung von fast einer Viertelmillion Mark rechnen muß. Denn das Bundeskabinett hat beschlossen, die Freigrenze für Geldimporte von 500 000 auf 50 000 Mark herabzusetzen. Da die Studenten ihre gepumpten Auslandsgelder bis zum 19. 11. 1973 bei Herstatt festgelegt haben, muß jeder von ihnen gleich nach Neujahr 225 000 Mark bei der Zentralbank abliefern. Währungshüter Thoma: „Die Studenten sind dumm dran.“

Kulant deutet Herstatt-Direktor Wickel einen Ausweg für die bedrängten Kleinverdiener an: „Unter diesen Voraussetzungen würden wir das Festgeld wahrscheinlich rausgeben.“